



24. Juni 1992

Abkommen über eine 6. Umschuldung und Schuldenreduktion zugunsten der Republik Polen

Aufgrund des Antrages des EVD vom 11. Juni 1992

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

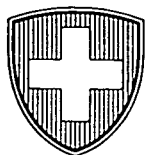
beschlossen:

1. Der Entwurf zu einem Abkommen über eine Umschuldung und Schuldenreduktion zugunsten der Republik Polen wird im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen zu führen.
3. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die Schweizerische Botschaft in Warschau werden ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Protokollauszug:

Alwals Müller

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	10	-
X		EVD	10	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



2310.1

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Bern, den 11. Juni 1992

An den Bundesrat

Abkommen über eine 6. Umschuldung und Schuldenreduktion zugunsten der Republik Polen

1. Einführung

Nach dreitägigen Verhandlungen ist der Republik Polen am 21. April 1991 durch die im Pariser Klub zusammengeschlossenen Gläubigerländer eine **Umschuldung**, verbunden mit einer **ausserordentlichen Schuldenerleichterung um 50 Prozent**, zugestanden worden. Die Gläubigerländer haben die Möglichkeit, zwischen **drei Optionen** zu wählen, um die vereinbarte Verminderung des Realwertes der garantierten und der kommerziellen Schuld zu erreichen. Diese Optionen bestehen a) in einer Reduktion der geschuldeten Ausstände mit marktmissiger Verzinsung der Restschuld oder b) in der Aufrechterhaltung des Nominalwertes der Schuld bei reduzierter Verzinsung oder c) in der Aufrechterhaltung des Nominalwertes der Schuld bei teilweiser Kapitalisierung des Marktzinses. Die **Schweiz** hat sich für die **Option B (Zinsreduktion)** eingetragen. Die geschuldeten Ausstände werden zu 100 Prozent umgeschuldet und sind bei der von der Schweiz gewählten Option B in einem Zeitrahmen von 14 Jahren vom 1. April 1994 bis zum 31. März 2009 in jährlich steigenden Semesterraten zurückzubezahlen.

In allen drei Optionen wird in einem **ersten Schritt** eine **Schuldenreduktion um 30 Prozent** auf Basis des Gegenwartwertes per 1. April 1991 gewährt. Diese erfolgt in einer ersten Phase, unabhängig von der gewählten Option, durch eine Reduktion der Zinsen, die die polnische Regierung in der Zeit vom 1. April 1991 bis zum 31. März 1994 zu leisten hätte, um 80 Prozent. Da diese Zinsreduktion nicht ausreicht, um die vereinbarte Schuldenreduktion des Gegenwartwertes per 1. April 1991 um 30 Prozent zu erreichen, erfolgt bei der von der Schweiz gewählten Option B (Zinsreduktion) daneben in einer zweiten Phase eine Reduktion des Zinses in der Zeit nach dem 1. April 1994 bis zur vollständigen Rückzahlung der ausstehenden Schuld am 31. März 2009.

In einem **zweiten Schritt** wird eine **weitere Schuldenreduktion um 20 Prozent** gewährt, um die gesamte Schuldenerleichterung um 50 Prozent zu erreichen. Diese zusätzliche Schuldenreduktion erfolgt nur, sofern die polnische Regierung die Auflagen des Internationalen Währungsfonds in Bezug auf die Extended Fund Facility bis am 31. Dezember 1993 sowie die im vorliegenden Abkommen gegenüber den Gläubigerstaaten eingegangenen Verpflichtun-

gen erfüllt. Erreicht wird diese zusätzliche Schuldenreduktion, indem der Zinssatz in der Zeit vom 1. April 1994 bis zum 31. März 2009 stärker reduziert wird als beim ersten Schritt.

Die gesamte von dieser Vereinbarung betroffene polnische Aussenschuld beläuft sich auf 33,5 Mia. US-\$, wovon 464 Mio. US-\$ (Fr. 678 Mio.) oder 1,4 Prozent auf die Schweiz entfallen.

Mit dem vorliegenden Schuldenreduktions- und Umschuldungsabkommen würdigen die im Pariser Klub zusammengeschlossenen Gläubigerländer die **Vorreiterrolle Polens beim Uebergang von der zentralgesteuerten Plan- zur Marktwirtschaft**. Zugleich leisten sie an diesem Wendepunkt der polnischen Nachkriegsgeschichte einen wichtigen Beitrag zur **Gesundung der Staatsfinanzen** und damit zur Stabilisierung der polnischen Wirtschaft. Sie unterstützen dadurch die weitere Demokratisierung der polnischen Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Situation Polens

2.1. Allgemeine Wirtschaftslage

Polen befindet sich in einer tiefen **Rezession**, die im wesentlichen durch den Wechsel vom zentralgeplanten Wirtschaftssystem zur Marktwirtschaft verursacht ist. 1991 erlebte Polen einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) um 9 Prozent. Die industrielle Produktion sank um 13 Prozent. Die Inlandnachfrage, die sich im Vorjahr um 20 Prozent vermindert hatte, stabilisierte sich. Die Arbeitslosenrate lag Ende 1991 bei 11,4 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. Der Anteil der Privatwirtschaft an der gesamten Produktion nahm um 8 Prozent auf 22 Prozent zu. Die Inflationsrate konnte von 560 Prozent 1990 auf 76 Prozent 1991 gesenkt werden. Die Inflationsursachen konnten jedoch nicht vollständig beseitigt werden: Der polnische Staatshaushalt schloss 1991 mit einem Defizit in der Höhe von 3,5 Prozent des BIP ab, nachdem er 1990 ausgeglichen war. Die Gründe dafür waren der rezessionsbedingte Rückgang der Steuereinnahmen sowie die Zunahme der Staatsausgaben, bedingt durch eine Lockerung des Stabilisierungsprogramms. Während der polnische Aussenhandel mit den ehemaligen RGW-Partnerländern 1991 weiter schrumpfte, konnten die polnischen Warenexporte in konvertierbarer Währung um 22, die Importe um 55 Prozent gesteigert werden.

2.2. Wirtschaftsreformprogramm

Die polnische Regierung leitete im Januar 1990 in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein makroökonomisches Stabilisierungsprogramm ein. Die Währung wurde abgewertet, Subventionen abgeschafft, die Preise sukzessive freigegeben und eine Lohnkontrolle eingeführt. Die **Stabilisierungspolitik führte**, nach einem durch die Preisliberalisierung und dem Subventionsabbau bedingten Inflationsschub, **zu einer deutlichen Senkung der Inflationsrate**.

Im April 1991 wurde ein dreijähriges Programm mit dem IWF vereinbart, welches neben der makroökonomischen Stabilisierung auch eine grundlegende Strukturreform anvisierte. Vorgesehen waren die Privatisierung von 50 Prozent der staatlichen Unternehmen, eine weitere Liberalisierung des Aussenhandels und der ausländischen Investitionen sowie eine Reform des Steuer- und des Finanzsystems.

Die Regierung, die nach den Parlamentswahlen im Oktober 1991 gebildet wurde, beabsichtigt, die Wirtschaftsreformen in ihren Grundzügen weiterzuführen. Mit dem IWF konnte eine Einigung über das Wirtschaftsprogramm 1992 erzielt werden. Dieses Wirtschaftsprogramm ist allerdings vom polnischen Parlament noch nicht verabschiedet worden.

Die institutionellen und strukturellen Reformen kommen in Polen nur langsam voran. Es gibt grosse **Unsicherheiten in bezug auf die Eigentumsgesetzgebung**. Die Privatisierung steckt noch in den Anfängen, doch es erfolgen zahlreiche Neugründungen von Firmen. Im Juni 1991 trat ein neues, liberaleres Investitionsgesetz in Kraft. Die ausländischen Direktinvestitionen sind dennoch im Vergleich zu Ungarn und der CSFR bescheiden geblieben. Die Gründe dafür liegen in der unsicheren politische Lage und der Ungewissheit, wie es mit der Wirtschaftsreform weitergehen wird.

2.3. Aussenschuld

Während der 80er Jahre hat die polnische Aussenschuld von 24 Mia. US-\$ 1980 auf 41 Mia. US-\$ 1989 zugenommen. Der Zuwachs ist weitgehend durch die Akkumulation unbezahlter Zinsen bedingt. Das Land war infolge seiner unzureichenden Kreditwürdigkeit auch nicht in der Lage, an den internationalen Kapitalmärkten Kredite aufzunehmen.

Polen ist nach der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) das höchstverschuldete Land Osteuropas. Die Bruttoverschuldung betrug Ende 1991 49,2 Mia. US-\$, wovon **68 Prozent auf die im Pariser Club zusammengeschlossenen offiziellen Gläubiger**, 8 Prozent auf die internationalen Finanzinstitutionen und 24 Prozent auf kommerzielle Banken entfielen.

3. Wirtschaftsbeziehungen Schweiz - Polen

Die schweizerischen **Exporte** nach Polen haben 1991 mit 407 Mio. Franken einen Höchststand erreicht. Die Zunahme gegenüber 1990 betrug 34 Prozent, was nicht zuletzt auf den ersten schweizerischen **Hilfskredit** zugunsten der Länder Mitteleuropas zurückzuführen ist. Die wichtigsten schweizerischen Exportgüter sind Maschinen (34 Prozent), pharmazeutische Erzeugnisse (22 Prozent) und chemische Produkte (12 Prozent).

Die schweizerischen **Importe** aus Polen in die Schweiz betragen 1991 120 Mio. Franken und haben gegenüber 1990 um 6 Prozent zugenommen. Den grössten Anteil an den schweizerischen Importen aus Polen haben mit 22 Prozent die **landwirtschaftlichen Produkte**, Textilien und Bekleidung (18 Prozent) sowie Metalle und Metallwaren (16 Prozent).

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen basieren auf einem Abkommen über den Wirtschaftsverkehr vom 25. Juni 1973, einem Investitionsschutzvertrag vom 8. November 1989 und einer Uebereinkunft zur Vermeidung von Doppelbesteuerung, welche am 2. September 1991 unterzeichnet wurde und noch in diesem Jahr ratifiziert werden soll. Gegenwärtig werden Verhandlungen über die Schaffung eines Freihandelsraums zwischen Polen und den EFTA-Staaten geführt.

4. Bilaterales Abkommen über die Reduktion und Umschuldung polnischer Schulden

Das am 21. April 1991 von den Gläubigerländern und der Republik Polen im Pariser Klub unterzeichnete Protokoll dient als Basis für das bilaterale Abkommen, welches die Schweiz mit Polen auszuhandeln haben wird. Der Wortlaut des Entwurfs dieses bilateralen Schuldenreduktions- und Umschuldungsabkommens findet sich im Anhang. Es umfasst 13 Artikel.

Artikel 1

Das Abkommen betrifft mittel- und langfristige Kredite (Kapital und Zinsen) mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, abgeschlossen vor dem 1.1.1984, welche von der Schweiz der polnischen Regierung oder der Bank Handlowy S.A. in Warschau gewährt oder von diesen garantiert worden sind. Das Abkommen erstreckt sich auf alle Fälligkeiten aus den beiden Umschuldungsabkommen aus dem Jahre 1986 sowie dem Abkommen aus dem Jahre 1989 und dem Abkommen aus dem Jahre 1990.

Der umzuschuldende Betrag umfasst die gesamten am 1.4.1991 austehenden Schulden inklusive aufgelaufener Zinsen per 31.3.1991 und beläuft sich auf eine Höhe von rund **678 Mio. Schweizer Franken**, wobei rund 672 Mio. Franken Zahlungsrückstände und Verzugszinsen aus den früheren Umschuldungen darstellen und etwa 5,5 Mio. Franken Ausstände (inklusive der aufgelaufenen Zinsen) am 1.4.1991 sind, welche noch nicht umgeschuldet worden sind aber die Bedingungen dieses Abkommens erfüllen.

Alle Fälligkeiten sind in einer zusammenfassenden Aufstellung zusammengestellt, die einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bildet.

Artikel 2

100% des umzuschuldenden Betrags werden zurückbezahlt gemäss den Bestimmungen in Artikel 3. Die Schuldenreduktion von insgesamt 50% des Gegenwartwertes erfolgt in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wird der Gegenwartwert per 1.4.1991 um 30% reduziert. Dies wird erzielt, indem die Zinsen, welche die polnische Regierung in der Zeit vom 1.4.1991 bis zum 31.3.1994 zu leisten hätte, um 80% reduziert werden und indem der Zinssatz, der in der Zeit nach dem 1.4.1994 bis zur vollständigen Rückzahlung der ausstehenden Schuld am 31.3.2009 zur Anwendung kommt, reduziert wird.

In einem zweiten Schritt wird eine weitere Schuldenreduktion um 20% gewährt, um die gesamte ausserordentliche Schuldenreduktion um 50% zu erreichen. Diese zusätzliche Schuldenreduktion erfolgt nur, sofern die Auflagen in Artikel 12 erfüllt werden. Erreicht wird diese zusätzliche Schuldenreduktion, indem der Zinssatz in der Zeit vom 1.4.1994 bis zum 31.3.2009 stärker reduziert wird als beim ersten Schritt.

Artikel 3

Die Rückzahlung von 100% der in Artikel 1 bezeichneten polnischen Schulden erfolgt in 28 steigenden Semesterraten gemäss angefügter Liste Nr. 1, erstmals am 30.9.1995, letztmals am 31.3.2009.

Artikel 4

Die polnische Regierung garantiert die Bezahlung des Umschuldungszinses auf die von diesem Abkommen umfassten Fälligkeiten. Der reduzierte Zinssatz beträgt in der ersten Phase 5,2769% p.a.. In der zweiten Phase beträgt der reduzierte Zinssatz 1,9016% p.a.. Diese reduzierten Zinssätze basieren auf einem gegenwärtigen marktnahen Umschuldungszins von 7,625% p.a..

Artikel 5

Bei der Zinsberechnung gilt die Euro-Usanz (tagegenau / 360 Tage p.a.). Die Zinszahlungen erfolgen erstmals am 30.6.1992, anschliessend am 30.9.1992 und dann jeweils am 31.3. und 30.9. des Jahres bis zur vollständigen Rückzahlung des ausstehenden Betrages.

Artikel 6

Die in diesem Abkommen vorgesehenen Zahlungen erfolgen durch die Bank Handlowy S.A. in Warschau in freien Schweizer Franken an die im Protokoll zum Abkommen aufgeführten Schweizer Banken. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft und die Geschäftsstelle der Exportrisikogarantie sind entsprechend zu informieren.

Artikel 7

Bei Zahlungsverzögerungen der in Artikel 2, Artikel 3 und Artikel 4 vorgesehenen Fälligkeiten wird ein Verzugszins erhoben, der um 1% über dem gültigen Marktzins liegt.

Artikel 8

Alle öffentlichen oder von der Schweiz garantierten Schulden, die nicht für das vorliegende Abkommen qualifizieren und bis zur Unterzeichnung der Vereinbarung des Pariser Klubs vom

21.4.1991 nicht bezahlt wurden, werden von der polnischen Regierung umgehend beglichen, spätestens am 30.6.1992. Auf diesen Beträgen wird ein Verzugszins erhoben.

Artikel 9

Die polnische Regierung gestattet privaten Schuldnern weiterhin die Leistung des Schuldendienstes bei von der Schweiz garantierten Ausständen. Bezüglich des von diesem Abkommen nicht betroffenen Schuldendienstes, einschliesslich jenes aus dem Privatsektor, erlässt die polnische Regierung keine über die heutigen Bestimmungen oder mit dem IWF vereinbarten und darüber hinausgehenden Bestimmungen, die Schuldner daran hindern, ihren Verpflichtungen zeitgerecht nachzukommen.

Artikel 10

Die Schweiz geniesst die Meistbegünstigung bei von der polnischen Regierung eingegangenen, vergleichbaren Konsolidierungs- oder Umschuldungsabkommen. Polen verpflichtet sich, den Präsidenten des Pariser Klubs über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungs- oder Umschuldungsabkommen zu informieren.

Artikel 11

Die polnische Regierung bekräftigt den Willen, die Bestimmungen dieses Abkommens zu erfüllen und anerkennt, dass diese Schulden weder abgeändert noch weiter als vereinbart reduziert werden.

Artikel 12

Die Gültigkeit des Abkommens bedingt die Einhaltung der in Sektion IV der Vereinbarung des Pariser Klubs vom 21.4.1991 enthaltenen Bestimmungen. Die Gleichbehandlung aller Unterzeichnerstaaten der Vereinbarung des Pariser Klubs vom 21.4.1991 ist Voraussetzung. Die zweite Phase des Abkommens, wie in Artikel 2 beschrieben, tritt in Kraft, sofern die Auflagen des IWF, wie beschrieben in Sektion IV der Vereinbarung des Pariser Klubs vom 21.4.1991, erfüllt und die Vertragsbestimmungen nach Ansicht der Schweizer Regierung eingehalten werden.

Artikel 13

Das Abkommen tritt am Tage der Unterzeichnung durch die beiden Regierungen in Kraft.

5. Finanzielle Auswirkungen für die Schweiz

Die Umschuldungsmasse dieses Abkommens beläuft sich auf insgesamt 678 Mio. Franken, wobei 672 Mio. Franken Guthaben und Zahlungsrückstände im Rahmen bereits bestehender Umschuldungsabkommen per 31.3.1991 darstellen. 5,5 Mio. Franken sind Fälligkeiten ab 1.4.1991 aus Altverträgen. Der grösste Teil der erteilten Verfügungen weist einen Länderdeckungssatz von 80 Prozent auf. Die Zahlungsrückstände wurden zum grössten Teil von der ERG den Garantienehmern bereits ausbezahlt. Nach Einschluss sämtlicher vorgenannter Forderungen beträgt die Schadenbetragnisauszahlung noch zirka 3 Mio. Franken. Dieser Betrag von 3 Mio. Franken verringert sich um die Zahlungen (Schadenmeldungen), die bis zur Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens erfolgen.

Nachdem es sich um eine multilateral vereinbarte Schuldenerleichterung zur Sicherung der Restforderungen handelt, gehen die Kosten der Erleichterung im Ausmass ihres jeweiligen Forderungsanteils zu Lasten von ERG sowie Exporteuren und Banken.

6. Rechtsgrundlage

Der Bundesrat ist nach Artikel 1 des BB über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen vom 5.10.1990 (SR 973.20) ermächtigt, Abkommen über die Konsolidierung einschliesslich Minderung von schweizerischen Forderungen, die der ERG unterstellt worden sind, abzuschliessen und die erforderlichen finanziellen Verpflichtungen einzugehen.

7. Aemterkonsultation

Das EDA und das EFD wurden konsultiert und haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

8. Antrag

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussdispositiv zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

W. M. M.

Beilagen:

- Entwurf Beschlussdispositiv
- Abkommensentwurf

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EFD

Protokoll-Auszug an:

EVD	10 Exemplare
EDA	10 Exemplare
EFD	10 Exemplare
BK	5 Exemplare
EFK	5 Exemplare
Fin. Del.	5 Exemplare

Abkommen über eine 6. Umschuldung und Schuldenreduktion zugunsten der Republik Polen

Aufgrund des Antrages des EVD vom 11. Juni 1992

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Entwurf zu einem Abkommen über eine Umschuldung und Schuldenreduktion zugunsten der Republik Polen wird im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen zu führen.
3. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die Schweizerische Botschaft in Warschau werden ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Protokollauszug:

DRAFT**A g r e e m e n t****between****the Government of the Swiss Confederation****and****the Government of the Republic of Poland****on the Reduction and Reorganization of Polish debts**

The Government of the Swiss Confederation

and

the Government of the Republic of Poland,

in endeavour to act in accordance with the recommendations of the Agreed Minute signed in Paris on April 21, 1991, between representatives of certain creditor countries, among which Switzerland, and representatives of the Government of the Republic of Poland,

have agreed on the following provisions:

Article 1

- 1.1. The present Agreement shall apply to Polish debts, consisting of principal and interest incurred from commercial credits, having an original maturity of more than one year, pursuant to a contract or other financial arrangements concluded before January 1, 1984, guaranteed by the Swiss Confederation and extended to - or guaranteed by - the Government of the Republic of Poland or the Bank Handlowy w Warszawie S.A.

and

to the Consolidation Agreements concluded previously: the two Debt Rescheduling Agreements of May 21, 1986, the Debt Rescheduling Agreement of June 22, 1989 and the Debt Rescheduling Agreement of July 27, 1990.

- 2 -

- 1.2. The Relevant Principal to be reduced and rescheduled by this agreement means the total amount of principal outstanding as of April 1, 1991, on all credits and consolidation agreements mentioned in paragraph 1.1 hereabove, as well as interest accrued from the last interest maturity until March 31, 1991 inclusive, which is computed at the rate of the credits and consolidation agreements mentioned in paragraph 1.1 hereabove but excluding any penalty or interest on interest during that period.
- 1.3 The Relevant Principal specified in paragraph 1.2 hereabove is estimated at the date of this Agreement at the amount of approximately 678 Million Swiss Francs, out of which approximately 672 Million Swiss Francs represent the relevant principal of the previous bilateral Debt Rescheduling Agreements as per March 31, 1991 and approximately 5,5 Million Swiss Francs the relevant principal of Polish Debts not previously rescheduled but qualifying under Article 1, paragraph 1.1 of this Agreement.
- 1.4 The total amount of maturities covered by this Agreement is specified in a summary of statements of polish debts which is an integral part of this Agreement. Any amendment requires the mutual consent.

Article 2

100% of the Relevant Principal as specified in Article 1 will be rescheduled. Repayment will be made as described in Article 3. The debt reduction will be achieved by reducing the interest to be paid as follows:

- 2.1 In the first step the net present value as of April 1, 1991 of the Relevant Principal specified in Article 1 will be reduced by 30% (Immediate Debt Reduction). This reduction will be achieved by reducing the interest payments due on the Relevant Principal - before any reduction - calculated on the basis of the Appropriate Market Interest Rate of % to be made by the Government of Poland from April 1, 1991 to March 31, 1994 inclusive by 80% and by reducing the Appropriate Market Interest Rate to be applied from April 1, 1994 until full repayment of the outstanding amount as described in Article 4, paragraph 4.1 hereafter.
- 2.2 In the second step the net present value as of April 1, 1991 of the Relevant Principal specified in Article 1 will be reduced by further 20% in order to complete the 50% reduction in net present value terms agreed on in Paris on April 21, 1991 (Additional Debt Reduction). This Additional Debt Reduction is subject to the fulfilment of the obligations as foreseen in Section IV of the Agreed Minute of the Paris Club from April 21, 1991 and the terms described in Article 12 of this Agreement. The Additional Debt Reduction will be achieved by further reducing the Appropriate Market Interest Rate to be applied from April 1, 1994 until full repayment of the outstanding amount as described in Article 4, paragraph 4.2 hereafter.

- 3 -

Article 3

The repayment of 100% of the Relevant Principal, as specified in Article 1, will be made in 28 progressively semi-annual payments as per attached list No. 1, the first payment to be made on September 30, 1995, the final payment to be made on March 31, 2009.

Article 4

The Government of the Republic of Poland shall guarantee the payment of rescheduling interest on the outstanding amount owed under the Provisions of the present Agreement up to the reimbursement date.

- 4.1 The interest rate of the Immediate Debt Reduction as described in Article 2, paragraph 2.1 is %, corresponding to the Appropriate Market Interest Rate of % reduced according to Table 1.B of the Agreed Minute of the Paris Club from April 21, 1991.
- 4.2 The interest rate of the Additional Debt Reduction as described in Article 2, paragraph 2.2 is %, corresponding to the Appropriate Market Interest Rate of % reduced according to Table 2.B of the Agreed Minute of the Paris Club from April 21, 1991.

Article 5

Interest will be calculated on the basis of 360 days a year and exact number of days a month from April 1, 1991.

Interest will be payable for the first time on June 30, 1992, then on September 30, 1992 and thereafter on March 31 and September 30 of each year until full repayment of the outstanding amount.

Article 6

The payments foreseen in this Agreement shall be made in freely convertible Swiss Francs by the Bank Handlowy w Warszawie S.A. to Swiss banks according to the attached Protocol. If the maturity of such payments falls on a non-banking day in Switzerland, then the respective payment will be due on the first banking day following this due date.

The Handlowy Bank w Warszawie S.A. shall forward a copy of the payment orders to the Federal Office for Foreign Economic Affairs in Berne and to the Export Risk Guarantee Office in Zurich.

The Government of the Republic of Poland shall punctually execute all obligations foreseen in the present Agreement, irrespectively of the objections it could have regarding the supply contract between the Swiss creditors and the Polish debtors.

Article 7

In case of delay of interest payments foreseen in article 2, paragraph 2.1 and article 4, paragraphs 4.1 or 4.2 of this Agreement, as well as delay of payment of maturities foreseen in Article 3 of the present Agreement late interest will be charged and shall be paid by the Bank Handlowy w Warszawie S.A..

The interest rate to apply in this case is the Appropriate Market Interest Rate of % increased by 1%, i.e. a late interest rate of %, for the period falling between the due date and the effective payment date. These interest payments shall be made at the shortest possible notice to the Swiss banks specified in the attached Protocol. This does not in any way constitute the right to defer any payment due.

Article 8

The Government of the Republic of Poland undertakes to pay all public or publicly guaranteed debts covered by the Swiss Confederation due and not paid at the date of signature of the Agreed Minute of the Paris Club of April 21, 1991, and not covered by this Agreement as soon as possible and in any case not later than June 30, 1992. Late interest will be charged on those amounts.

Article 9

- 9.1 The Government of the Republic of Poland undertakes to continue to permit the transfer of debts covered by the Swiss Confederation due by private debtors.
- 9.2 As regards servicing external debt obligations not covered by this Agreement, including private sector debts, the Government of the Republic of Poland undertakes not to impose any restrictions other than those enforced at present or agreed with the IMF which would prevent debtors in Poland from paying promptly their obligations overdue or falling due.

Article 10

The Government of the Republic of Poland shall undertake:

- 10.1 to grant Switzerland a treatment not less favourable than that granted to any other creditor country for the consolidation or rescheduling of debts at comparable terms; this provision shall not apply to the rates of interest;
- 10.2 to inform the Chairman of the Paris Club of the provisions of any debt consolidation or rescheduling agreement it might conclude.

Article 11

The Government of the Republic of Poland undertakes to pay the reorganized debts according to the present Agreement and agrees that these debts will not be restructured or reduced further than agreed.

Article 12

The validity of this Agreement depends upon the Government of the Republic of Poland complying with the conditions set out in Section IV of the Agreed Minute of the Paris Club of April 21, 1991:

- 12.1 If the comparability of treatment between all external creditors is not met or if the creditor countries determine that this condition is not substantially fulfilled or if the Government of the Republic of Poland has not met its payments obligations under the present Agreement during the first three years up to March 31, 1994 the provisions of this Agreement will become null and void.
- 12.2 The Additional Debt Reduction and Reorganization as described in Article 2.2 will apply, provided that the Executive Board of the International Monetary Fund has completed by December 31, 1993 the last review of the arrangement under the Extended Fund Facility

and

provided that the Government of Switzerland determine that the Government of the Republic of Poland has complied with the conditions set out in the present Agreement.

- 12.3 In case payment obligations under the Additional Debt Reduction and Reorganization are not met, the remaining amounts due in net present value terms will be due and payable immediately.

Any payments of principal and interest already made under the Immediate Debt Reduction and Reorganization and under the Additional Debt Reduction and Reorganization will be taken into account in net present value terms.

- 6 -

Article 13

The present Agreement shall enter into force on the date of its signature by the two Governments.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, duly authorized, have signed the present Agreement.

Done in, on, in two originals in English.

**For the Government
of the Swiss Confederation:**

**For the Government
of the Republic of Poland**

Confidential

Protocol

**Pursuant to the Agreement concluded between the Government of the Swiss Confederation
and the Government of the Republic of Poland
on the Reduction and Reorganization of Polish debts, on**

The Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Poland have agreed to the following complementary provisions to the Agreement on the reduction and reorganization of Polish debts, concluded on

1. The enclosed summary of statements of Polish debts is authoritative for Swiss claims resulting from Polish debts which are the subject of reduction and reorganization of Polish debts. The summary of statements of Polish debts is an integral part of the present Agreement. The summary of statements of Polish debts can be subject to modification by mutual agreement (for example after order cancellations or later declarations).
2. The banks to be specified as foreseen in Articles 6 and 7 of the Agreement are the following:
3. Any divergencies as to the implementation of the Agreement shall be settled as soon as possible between the Narodowy Bank Polski, Warsaw and the, if necessary with the assistance of the Federal Office of Foreign Economic Affairs in Berne and the Embassy of Switzerland in Warsaw.
4. The relevant addresses concerned with the implementation of the Agreement to which this Protocol refers are the following:

- 8 -

On the Swiss side:

Federal Office for Foreign Economic Affairs
of the Federal Department of Public Economy
3003 Berne

Telephone: 00 41 31 61 22 11
Fax: 00 41 31 61 23 30
Telex: 911 340 eda ch for ofaec

Export Risk Guarantee Office
P.O. Box
8032 Zurich

Telephone: 00 41 1 384 47 77
Fax: 00 41 1 384 47 87
Telex: 815 060 erg ch

Embassy of Switzerland
Aleje Ujazdowskie 27
00-540 Warsaw

Telephone 00 48 26 28 04 81/82
Fax: 0048 2 21 05 48
Telex: 063 813 528 amswa pl

.....

On the Polish side:

.....

**For the Government
of the Swiss Confederation:**

**For the Government
of the Republic of Poland**

List No. 1: Repayment of the Relevant Principal as of April 1, 1991 by the Government of Poland

- 0,25 % as at September 30, 1995 ; 0,25 % as at March 31, 1996 ;
- 0,375 % as at September 30, 1996 ; 0,375 % as at March 31, 1997 ;
- 0,50 % as at September 30, 1997 ; 0,50 % as at March 31, 1998 ;
- 0,625 % as at September 30, 1998 ; 0,625 % as at March 31, 1999 ;
- 1,00 % as at September 30, 1999 ; 1,00 % as at March 31, 2000 ;
- 1,50 % as at September 30, 2000 ; 1,50 % as at March 31, 2001 ;
- 2,50 % as at September 30, 2001 ; 2,50 % as at March 31, 2002 ;
- 3,50 % as at September 30, 2002 ; 3,50 % as at March 31, 2003 ;
- 4,50 % as at September 30, 2003 ; 4,50 % as at March 31, 2004 ;
- 5,50 % as at September 30, 2004 ; 5,50 % as at March 31, 2005 ;
- 6,50 % as at September 30, 2005 ; 6,50 % as at March 31, 2006 ;
- 7,00 % as at September 30, 2006 ; 7,00 % as at March 31, 2007 ;
- 7,50 % as at September 30, 2007 ; 7,50 % as at March 31, 2008 ;
- 8,75 % as at September 30, 2008 ; 8,75 % as at March 31, 2009 ;